

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

**Insertionspreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Parteien und die neue Regierungskrise.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das fast gestrandete Kabinettschiff des Herrn Fehrenbach beginnt langsam wieder flott zu werden. Die Fraktionen fast aller Parteien hielten gestern im Laufe des Vor- und Nachmittags Sitzungen im Reichstage ab. Ueber das Resultat der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wird weitestgehendes Stillschweigen bewahrt. Das Berliner Tageblatt erfährt zur Haltung der Sozialdemokraten:

„Wie wir hören, bestehen zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Löbe, die bei den Verhandlungen mit Fehrenbach und den Demokraten die bekannten Zusicherungen gemacht hatten, und der Mehrheit der Fraktion zwar gewisse Meinungsverschiedenheiten, aber diese Gegensätze beziehen sich mehr auf die Form, als auf das wohl der gesamten Fraktion gemeinsame Ziel, einer Regierung der bürgerlichen Mittelparteien keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie wir hören, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andre Regierungsform möglich ist, als diejenige, die von Fehrenbach angestrebt wird, und die Fraktion weiß nur noch nicht, wie sie das toleranzvolle aussprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgendwelche Handlungen eines Kabinetts mit verantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteiler vertreten sind. Wir haben Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstage abgeben wird. Aber sie wird voraussichtlich durch persönliche Führungsnahme die entscheidenden Persönlichkeiten von ihrem definitiven Schritt unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinet bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokraten zustande zu bringen.“ Wenn diese Darstellung zutrifft, so haben also die Sozialdemokraten auf ihren Widerstand gegen die Abgabe eines Vertrauensvotums für die Deutsche Volkspartei verzichtet und sich zu einer Kompromißformel durchgegeben, mit der sie glauben, vor ihren Wählern ihr Verhalten rechtfertigen zu können.

Auch die Deutsche Volkspartei hat anscheinend ihren Widerstand gegen die Zentrumsminister Giesberts und Wirth fallen lassen. Es ist wahrscheinlich, daß eine Umbelegung innerhalb des Kabinetts stattfinden wird und Giesberts und Wirth neue Positionen in dem Kabinet erhalten. Der Minister Giesberts allerdings steht auf dem Standpunkt, daß es nicht auf die Männer ankommt, die die Deutsche Volkspartei zu präsentieren hat, sondern daß das Programm das ausschlaggebende auch für das Reichswirtschafts- und Finanzministerium sei. Ein Programm für diese Ministerien hätte aber bisher die Deutsche Volkspartei und ihre Politiker auch noch nicht hervorgebracht.

Der Reichstag wird wahrscheinlich heute im Laufe des Tages zusammenzutreten. Nach einzelnen Nachrichten allerdings soll der Reichstag am 11 Uhr eine Vertagung des Reichstags beschließen, bis zur Lösung der Kabinettskrise. Doch ist diese Nachricht nicht wahrscheinlich, da die erste kon-

stituierende Sitzung, in der es sich nur um die Bildung des Präsidiums handelt, auch ohne die neue Regierung wird stattfinden können. Für den Platz des Reichstagspräsidenten ist von der sozialdemokratischen Fraktion als der stärksten der bisherigen Vizepräsident Löbe in Vorschlag gebracht.

Das Zentrum hielt gestern seine konstituierende Fraktionssitzung ab und wählte als Vorsitzenden den Abgeordneten Trimborn. Für den Posten des Vizepräsidenten im Reichstag soll Dr. Bell vorgeschlagen werden.

Die demokratische Fraktion konstituierte sich gestern ebenfalls und wählte Dr. Schiffer als 1. Vorsitzenden, Dr. Petersen als 2. und Erkelenz als 3. Vorsitzenden.

Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion beschloß nach eingehender Aussprache über die politische Lage folgende Erklärung:

„Die Fraktion teilt in der Regierungsbildung die Stellungnahme der Parteileitung.“

Zum Programm der neuen Regierung werden die Genossen Lebebour und Henke sprechen. Die Fraktion erhebt entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf den Sitz eines Vizepräsidenten, für diesen Posten wird der Genosse Dittmann präsentiert.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstags wählte den Parteivorsitzenden Staatsminister Dr. Hergt zum Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden Abgeordneter Schulz-Bromberg, Dr. Düringer und Behrens bestimmt. Zum Geschäftsführer wurde Abgeordneter Schiele wiedergewählt.

### Anträge und Interpellationen der U. S. P.-Fraktion

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in ihrer gestrigen Sitzung die Einreichung der folgenden Interpellationen und Anträge beschlossen:

„In Thal bei Ruhla in Thüringen sind am 24. März 1920 15 Personen von zeitfreiwilligen Marburger Studenten widerrechtlich verhaftet und in grausamster Weise mißhandelt und ermordet worden. Die Studenten sind vor ein Kriegsgericht gestellt und freigesprochen worden. Wie gedenkt der Reichskanzler dafür zu sorgen, daß die Ermordung von 15 Unschuldigen geahndet wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die Hinterbliebenen der schuldlosen Opfer zu versorgen? Wie rechtfertigt der Reichskanzler, daß die Zeitfreiwilligen statt vor das ordentliche Gericht vor ein Kriegsgericht gestellt worden sind? Beabsichtigt der Reichskanzler endlich die in der Verfassung verheißene Aufhebung der Militärgerichte herbeizuführen?“

„Der Reichstag verlangt, daß das gegen den Abgeordneten Mittwoch beim Reichsgericht schwebende Strafverfahren und die gegen ihn verhängte Haft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.“

„Der Reichstag verlangt, daß der Ausnahmezustand überall, wo er noch besteht, sofort aufgehoben wird.“

Außerdem werden weitere Anträge betreffs Erlasses einer umfassenden Amnestie, über die Lage der Rentner, über die Ernährung- und Steuerfragen eingebracht.

### Belagerungszustand über Ulm.

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand verhängt. Redakteur Köner von der bauerndemokratischen Schwäbischen Tageszeitung ist wegen Aufforderung zum Widerstand in Nahrungsmitteln an Stuttgart oder sonstige Industriebezirke, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen sollten, in Schutzhaft genommen worden.

### Die Opfer der Unruhen in Württemberg.

Stuttgart, 23. Juni. Bei den gestrigen Unruhen in Ulm wurden, soweit bis jetzt festgestellt, acht Polizeimehrleute zum Teil erheblich verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu verzeichnen. Aus Ravensburg werden insgesamt 2 Tote und 20 Verwundete gemeldet.

### Der neue württembergische Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Hieber mit 52 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident Rechtsanwalt Dr. Kraut erhielt die 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerparteien. Die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung.

### Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, haben zu einer völligen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufgehoben ist.

## Der Dolchstoß von hinten.

L. P. Um es vorweg zu sagen: es handelt sich diesmal nicht um den berühmten Ludendorffschen Dolchstoß, der von der „Heimat“ in den Rücken der deutschen Front geführt worden ist, sondern jetzt befindet sich der blinde Stahl in den Händen der Unabhängigen Sozialdemokratie, die die glorreiche Koalitionsfront menschenfalsch niedergeworfen hat. So stellt es der Vorwärts fest und so wird es auch den Lesern der rechtssozialistischen Provinzpresse seit dem 6. Juni dargestellt. Wichtige Machtpositionen, so hören wir von dieser Seite, muß die Arbeiterklasse räumen, weil sie durch den Stoß, den die Unabhängigen in ihren Rücken ausführten, unhaltbar geworden seien. Die Verantwortung dafür hätten wir zu tragen. Sehen wir zu, welche „Machtpositionen“ dieser Dolchstoß ins Wanken gebracht hat.

Im November 1918 waren die militärischen und politischen Gewalten des alten Regimes zusammengebrochen. Die Arbeiterklasse befand sich im Besitz der politischen Macht, sie brauchte nur die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um diese Macht dauernd zu befestigen. Die gewaltige Mehrheit des Volkes stand hinter der Revolution, und es galt, sie weiter zu führen bis zu ihrem Ziele: der Verwirklichung des Sozialismus. Welches war damals die Aufgabe einer wirklichen sozialistischen Partei? Die Reste des krieglich zusammengebrochenen Systems zu beseitigen und eine Wirtschafts- und Staatsordnung aufzurichten, die den Interessen des Proletariats, der gesamten werktätigen Bevölkerung entsprach. Von Anfang an haben die Rechtssozialisten diese Aufgabe sabotiert; hatten sie vorher den revolutionären Ausbruch mit allen Mitteln der List und der Gewalt zu unterdrücken versucht, so ging nach dem 9. November ihr Streben dahin, die Auswirkungen der Revolution zu verhindern und die alte arbeitseindliche Wirtschafts- und Staatsverfassung aufs neue zu befestigen. Die Rechtssozialisten bildeten nur notgedrungen mit den Unabhängigen zusammen den Rat der Volksbeauftragten. Die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien hatten sie niemals aufgegeben, und auch jetzt bestand ihre Haupt Sorge darin, die bürgerlichen Parteien zur Mitarbeit und zum Wiederaufbau heranzuziehen. Sie förderten alle Unternehmungen, die die arbeitseindlichen Einrichtungen des alten Klassenstaates wiederherzustellen geeignet waren, sie verhinderten jeden Versuch, die Gunst der revolutionären Stunde zu nützen und die Forderungen des Sozialismus zu verwirklichen. So blieb den Unabhängigen Sozialdemokraten schließlich nichts anderes übrig, als aus der Regierung auszutreten und die Arbeiterklasse zum Kampfe gegen das Treiben der Rechtssozialisten aufzurufen.

Kunmehr setzten die Rechtssozialisten ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit mit verstärktem Eifer fort. Nach einer Instandspause bildeten sie mit den kapitalistischen Parteien der Demokratie und des Zentrums die Koalition, die bis zum 6. Juni 1920 gedauert hat. Nachdem an diesem Tage die Koalitionspolitik so krieglich zusammengebrochen ist, wurden wir von den Rechtssozialisten aufgefordert, sie erneut fortzusetzen und damit die Verantwortung nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit der Koalitionspolitik zu übernehmen. Mit andern Worten gesagt, die Rechtssozialisten wünschten, daß wir uns an dem Bankrott, den ihre Politik erlitten hat, beteiligen und unsre Kräfte noch in ihre Konkursmasse hineinwerfen sollten. Das mußte selbstverständlich abgelehnt werden.

Was hat denn die von den Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien anderthalb Jahre betriebene Koalitionspolitik dem Proletariat eingetragen? Ein Jahr lang war sie gekennzeichnet durch den Rossekurs. Dabei muß festgestellt werden, daß an allen Schandthaten, die im Namen Roskes an der Arbeiterklasse und an der Revolution verübt worden sind, nicht dieser Mann allein schuld ist; die Verantwortung dafür trägt die ganze rechtssozialistische Partei, die unzählige Male ihrem Roske ihr Vertrauen angeschlossen und noch in den Tagen des Rapp-Büsches versucht hat, ihn in der Regierung zu halten. Diese Roske-Politik ist gebrandmarkt durch das Blut von Tausenden erschlagenen Proletariats; gegen sie zeugt der Fluch aller jener Revolutionäre, die in Zuchthäusern, in Gefängnissen, in der Schutzhaft vergraben worden sind. Der Belagerungszustand, die militärische Willkürherrschaft, die Schandurteile der Klassenjustiz bilden ihre äußeren Merkmale.

Was war das übrige Ergebnis der Koalitionspolitik? Eine revolutionäre Erregung nach der andern wurde beiseite gelassen. Die Arbeiterräte wurden ihrer Rechte beraubt; an ihre Stelle setzte man die Betriebsräte, die nach dem Willen der Koalitionsregierung, der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten nichts anderes sein sollten, als was die alten Arbeiterausschüsse gewesen sind. Der Militarismus, die Bürokratie, die Junkerherrschaft, die Klassenjustiz, alle arbeitseindlichen Einrichtungen des alten Klassenstaats wurden wieder aufgerichtet,

### Eine Note der Entente über die Entwaffnung

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, ist die Ernennung des neuen französischen Botschafters in Berlin bereits erfolgt. In den eingeweihten Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß die bisher geheim gehaltene Wahl nicht auf einen Berufsdiplomaten, auch nicht auf die bisher genannten Kandidaten, sondern auf den General Niehl gefallen ist.

Die Note der Entente betreffend die Entwaffnung als Antwort auf die deutsche Note um Fristverlängerung für das 100 000-Mann-Heer wird in den nächsten Tagen überreicht werden. Sie wird der deutschen Regierung einen Monat weitere Frist zur Herabsetzung des 200 000-Mann-Heeres auf 100 000 Mann gewähren. Sie schließt jede Diskussion über diese Frage in Spa von vornherein aus.

### Eine Erhöhung der deutschen Polizeitruppe?

Wesel, 24. Juni. (L. V.) Nach einer Meldung des Temps soll eine in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einsprüchen, insofern Rechnung tragen, als die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 Mann auf 150 000 Mann gestattet wird.

### Abweisung einer deutschen Kommission durch Sowjet-Rußland.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat die Sowjet-Regierung vor einiger Zeit das Ersuchen der deutschen Regierung um Zulassung einer Wirtschaftskommission unter der Führung des Staatssekretärs a. D. Dr. August Müller abgelehnt.